



# BDI

Globalisierung,  
Märkte und Handel



## **Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland**

Investitionsfreiheit fördern  
und öffentliche Akzeptanz schaffen

## **Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland**

Investitionsfreiheit fördern  
und öffentliche Akzeptanz schaffen



## Zusammenfassung

Investitionen sind der **Treibstoff** für Wachstum, Wertschöpfung, **Arbeitsplätze und Wohlstand**. In Deutschland hängen schon heute 2,6 Mio. Arbeitsplätze von ausländischen Direktinvestitionen ab, die Bedeutung von **Investoren aus Schwellenländern** nimmt zu. Weltweit fließen ausländische Direktinvestitionen **immer häufiger in Schwellenländer**. Im Jahr 2000 gingen 19% der weltweiten Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländer, 2012 waren es bereits 58%.

Damit Deutschland für ausländische Investitionen attraktiv bleibt, muss **Investitionsfreiheit** gewährleistet und die Offenheit der Märkte bewahrt werden. Entscheidend ist die generelle **Akzeptanz** der Bevölkerung gegenüber ausländischen Investitionen. Deshalb muss die Bedeutung ausländischer Investitionen gegenüber der deutschen Öffentlichkeit klar artikuliert werden.

Private und staatliche Investoren aus dem Ausland müssen sich genauso wie inländische Unternehmen an die international und in Deutschland geltenden Regeln halten. Der aktuell geltende **Rechtsrahmen** setzt der politischen Einflussnahme ausländischer staatlicher Unternehmen oder der Kontrolle ganzer Wirtschaftssektoren angemessene Grenzen. Beschränkungen ausländischer Investitionen dürfen jedoch nur aus Gründen der **öffentlichen Sicherheit und Ordnung** erfolgen.

**Technologietransfer** durch ausländische Investoren in ihre Herkunftsländer ist nicht per se ein Nachteil für Deutschland. Er steigert den Wohlstand und verbessert die soziale und ökologische Situation in den Herkunftsländern. Die deutsche Entwicklungspolitik wird entlastet und die Nachfrage nach deutschen Produkten in diesen Ländern gestärkt.

Ausländische Direktinvestitionen sind eine Chance, europäische **Sozial- und Umweltstandards** international zu verbreiten. Investoren aus Schwellenländern müssen in Deutschland geltende Standards anwenden. Dabei werden sie von den deutschen Partnern bei Themen wie »Compliance« und »Corporate Social Responsibility« unterstützt.

## I. Einleitung

### 1. Investitionen: Treibstoff für Wohlstand und Beschäftigung

**Investitionen** sind notwendige **Voraussetzung** für nachhaltiges Wachstum, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit für unseren **Wohlstand**. Gerade das rohstoffarme Industrieland Deutschland ist in erheblichem Maße auf eine innovative und leistungsfähige Industrie angewiesen. Hinzu kommt die demographische Entwicklung. Eine alternde und schrumpfende Bevölkerung braucht zusätzliches Kapital aus dem Ausland, um die wegfallenden Arbeitskräfte durch eine höhere Produktivität zu kompensieren. Deshalb ist Deutschland auf Direktinvestitionen aus dem Ausland (Foreign Direct Investment/ FDI)<sup>1</sup> angewiesen.

Schon heute sind **ausländische Unternehmen** mit einem FDI-Bestand in Höhe von 700 Mrd. Euro in Deutschland engagiert und sichern damit **2,6 Mio. Arbeitsplätze**. Die Investitionen steigern die Wettbewerbsfähigkeit und sichern den Wohlstand am Standort Deutschland. **Voraussetzung** für den weiteren Zustrom von Investitionen ist **freier Marktzugang** und eine **positive Wahrnehmung** ausländischer Direktinvestitionen in der deutschen Gesellschaft. Deshalb muss die Bedeutung ausländischer Investitionen gegenüber der deutschen Öffentlichkeit klar artikuliert werden.

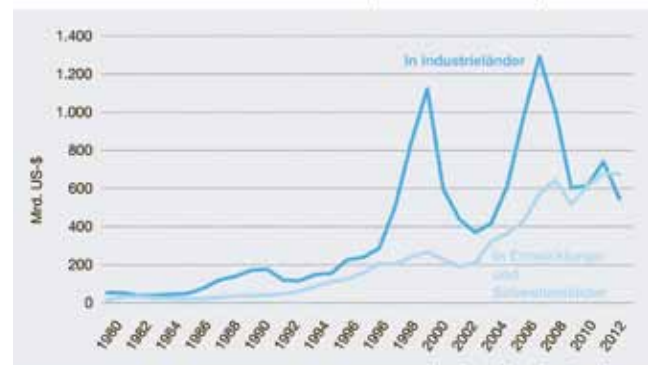
<sup>1</sup> Als *Foreign Direct Investment* (FDI) werden hier Kapitalanteile eines Investors aus einem Land an Unternehmen in einem anderen Land in Höhe von über 10% verstanden. Bei solchen Investitionen wird von einem Einfluss des Investors auf die Unternehmensleitung ausgegangen. Auch grenzüberschreitende Neuansiedlungen (Greenfield-Investitionen) fallen unter FDI. Vgl. OECD (1996): *OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment*.

### 2. Internationaler Wettbewerb um Kapital wird schärfer

Nirgendwo zeigt sich die Globalisierung stärker als im weltweiten **Wettbewerb um Direktinvestitionen**. Während sich die globale Wirtschaftsleistung seit 1980 etwa vervierfacht und der Welthandel verachtfacht hat, explodierte der weltweite Bestand an grenzüberschreitenden Direktinvestitionen in diesem Zeitraum um den Faktor 27!

Mit der Finanzkrise im Jahr 2008 brachen die grenzüberschreitenden Investitionen zwar weltweit ein. Von diesem Schock konnten sich viele Schwellenländer wieder erholen und profitieren seit dem von steigenden Investitionen. Im Jahr 2010 erreichte der **Zufluss von FDI** in die Schwellenländer (617 Mrd. US-\$) das Niveau des FDI-Zuflusses in die Industrieländer (619 Mrd. US-\$), im Jahr 2012 wurde **erstmals sogar mehr in Schwellenländer investiert** als in die Industrieländer (+131 Mrd. US-\$).

**Schwellenländer als Investitionsziele immer beliebter**  
Investitionsströme aus dem Ausland (Inward FDI flows)



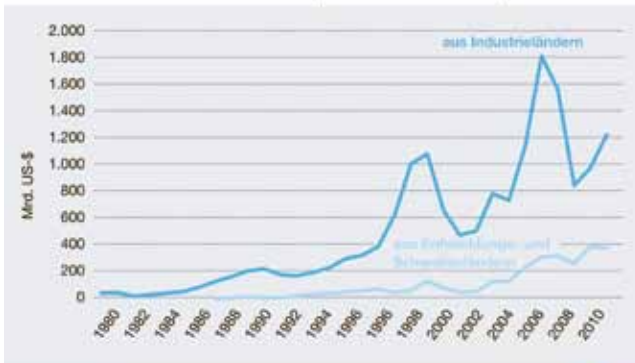
Quelle: UNCTAD



Die wichtigsten **Herkunftsländer** grenzüberschreitender Investitionen bleiben auch nach der Finanzkrise die Industrieländer (2011: 1,2 Bio. US-\$). Allerdings nimmt die Bedeutung von Investoren aus Entwicklungs- und Schwellenländer weiter zu und erreichte in den letzten Jahren Rekordwerte von bis zu 400 Mrd. US-\$.

Beschleunigt wird der Prozess durch die großen **Handelsüberschüsse** einzelner Schwellenländer, für die weltweit lukrative Anlagemöglichkeiten gesucht werden. China allein verfügt über mehr als 3 Bio. US-\$ an **Devisenreserven**, dieses Kapital wird teilweise von Staatsfonds verwaltet und zunehmend weltweit investiert.

### Industrielländer sind weiterhin die größten Investoren Investitionsströme ins Ausland (Outward FDI flows)



Quelle: UNCTAD

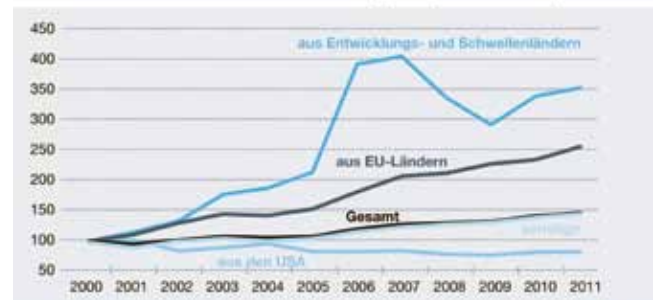


Trotz der zunehmenden Bedeutung von Direktinvestitionen befindet sich die **Entwicklung** noch **am Anfang**. Im Verhältnis von FDI zur jeweiligen Bevölkerung kamen im Jahr 2011 – global betrachtet – auf jeden Menschen rund 3000 US-\$ an grenzüberschreitenden Direktinvestitionen. Während die US-Direktinvestitionen im Ausland pro US-Bürger rund 14 300 US-\$ betragen, liegen die chinesischen Direktinvestitionen lediglich bei 261 US-\$.

Direktinvestitionen aus Schwellenländern in die **euro-päische Wirtschaft** nehmen in den letzten Jahren zwar deutlich zu, bislang stammen allerdings erst rund 4% des Bestands in Europa aus Entwicklungs- und Schwellenländern (143 Mrd. Euro). Auch in Deutschland liegt der Anteil bei rund 3%, 84% der Direktinvestitionsbestände werden hierzulande von europäischen und US-amerikanischen Unternehmen gehalten.

Auch für Deutschland gilt: Während Investitionen aus europäischen Ländern in den letzten Jahren eher verhalten ins Land flossen und aus den USA sogar leicht rückläufig waren, haben sich die Direktinvestitionen aus Entwicklungs- und Schwellenländern mehr als verdreifacht und liegen heute bei rund 18 Mrd. Euro (Grafik). Besonders lebhaft entwickelten sich die **chinesischen Investitionen** (Wachstum von 2000 bis 2011 um den Faktor 7,9 auf rund 1,2 Mrd. Euro).

### Deutschland: Investoren immer häufiger aus Schwellenländern Investitionsbestände in Deutschland (Index, 1989 = 100)

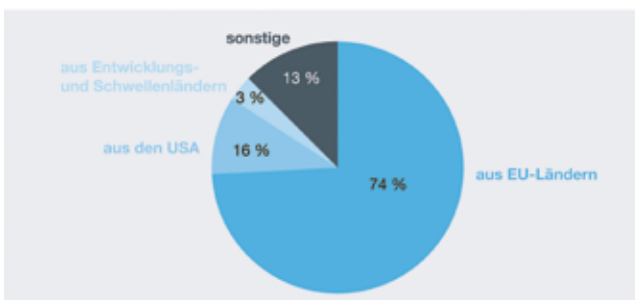


Quelle: Deutsche Bundesbank



### Ausländische Investoren in Deutschland überwiegend aus westlichen Ländern

Direktinvestitionsbestände in Deutschland 2011 nach Herkunft



Quelle: Deutsche Bundesbank





### 3. Standort Deutschland muss für Investoren attraktiv bleiben

Im Zuge der Globalisierung verschärft sich der **Standortwettbewerb** um Investitionen. Kapital wird zunehmend über Ländergrenzen hinweg investiert: Der weltweite Bestand an grenzüberschreitenden Direktinvestitionen hat in den letzten 20 Jahren um den Faktor 9 zugenommen, ähnlich stark sind die Investitionen in die OECD-Länder gestiegen (Investitionen nach Deutschland um das Sechsfache). Allerdings schnellten die Investitionen in die Schwellen- und Entwicklungsländer im gleichen Zeitraum um das 12-fache in die Höhe, nach China sogar um das 34-fache! Während im Jahr 2000 nur 19% der weltweiten Direktinvestitionsströme in die Entwicklungs- und Schwellenländer gingen, waren es 2012 bereits 58%.

Hintergrund der hohen Steigerungsraten der Direktinvestitionen in die Schwellenländer ist sicherlich der große **Nachholbedarf** an Kapital und Infrastruktur in diesen Ländern. Im Ergebnis wird dies dazu führen, dass diese Standorte zunehmend in den weltweiten Wettbewerb der besten Standorte eintreten werden.

Wenn Deutschland weiter von der Globalisierung profitieren will, kommt es entscheidend darauf an, in diesem Wettbewerb der Standorte Schritt zu halten. Unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich davon ab, dass der Standort **Deutschland für ausländische Investoren attraktiv bleibt**. Dabei geht es auch um die Gestaltung wirtschaftlicher und rechtlicher **Rahmenbedingungen**, entscheidend ist aber die generelle **Akzeptanz der Bevölkerung** gegenüber ausländischen Investitionen. Deshalb muss die Bedeutung ausländischer Investitionen gegenüber der deutschen Öffentlichkeit klar artikuliert werden. Die Zunahme der internationalen Verflechtung der Wirtschaft erfordert eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskussion in Deutschland über die Bedeutung und Rolle ausländischer Investoren. **Sorgen** und Ängste müssen aufgegriffen und Transparenz bezüglich der Ziele von Investoren hergestellt werden. Im Folgenden werden einige dieser Sorgen angesprochen, die im Zusammenhang mit Direktinvestitionen aus Schwellenländern eine Rolle spielen.



## II. FDI aus Schwellenländern: Chancen überwiegen Risiken

### 1. Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Befürchtungen, Direktinvestitionen aus Schwellenländern würden heimische **Arbeitsplätze vernichten**, sind unbegründet. Unternehmen aus Schwellenländern investieren nicht in Deutschland, um hiesige Unternehmen zu zerschlagen. Motive für Investoren aus Schwellenländern sind vielmehr:

- **Erschließung des deutschen- und des europäischen Marktes**  
Das wichtigste Motiv für Investitionen aus Schwellen- und Entwicklungsländern ist die Erschließung des deutschen und europäischen Marktes.<sup>2</sup>
- **Errichtung neuer Produktionsstätten**  
Ausländische Unternehmen wollen insbesondere von der deutschen Infrastruktur und Forschungslandschaft profitieren. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze in Deutschland.
- **Stärkung bestehender Geschäftsverbindungen mit deutschen Partnern**  
Ausländische Unternehmen wollen mit Service, Vertrieb und Wartung möglichst nahe beim Kunden in Deutschland und Europa sein. Auch wird in wichtige Zulieferunternehmen investiert.

Dadurch werden Arbeitsplätze in Deutschland erhalten und geschaffen.<sup>3</sup>

Darüber hinaus können Direktinvestitionen aus Schwellenländern umgekehrt **deutschen Unternehmen neue Zugangswege** zu den Heimatmärkten der Investoren öffnen. Die ausländischen Unternehmen sind mit den Gegebenheiten in ihren Heimatländern gut vertraut und verfügen über ein breites Netzwerk. Durch ihr Engagement in Deutschland entstehen enge geschäftliche Bindungen und Wettbewerbsvorteile für deutsche Unternehmen bei der Erschließung dieser Märkte.

In bestimmten Fällen haben Investoren aus Schwellenländern durch staatliche Fördermaßnahmen ihrer Heimatländer einen eklatanten Wettbewerbsvorteil gegenüber europäischen Investoren. Solche staatlich induzierten Subventionswettläufe können europäische Investoren nicht gewinnen. Um ein globales „level playing field“ zu erhalten, sollte die EU-Kommission sich verstärkt dafür einsetzen, dass ein System der Beihilfekontrolle auch in anderen Regionen der Welt eingeführt wird. Auch sollte die EU-Kommission innerhalb der Europäischen Union den derzeit nicht praktikablen Mechanismus der Entschuldigungsklausel im Forschungs- und Entwicklungsbereich weiterentwickeln, um der internationalen Dimension des Wettbewerbs besser Rechnung zu tragen.

<sup>2</sup> Vgl. Ernst & Young (2012): *Deutschland und Europa im Urteil chinesischer Investoren*, [www.ey.com](http://www.ey.com), European Union Chamber of Commerce in China/KMPG/Roland Berger (2013): *Chinese Outbound Investment in the European Union*, [www.european-chamber.com.cn](http://www.european-chamber.com.cn) und Bertelsmann Stiftung (2013): *Aufbruch nach Westen – Chinesische Direktinvestitionen in Deutschland*, [www.bertelsmannstiftung.de](http://www.bertelsmannstiftung.de).

<sup>3</sup> Ein anschauliches Beispiel ist die Übernahme des finanziell angeschlagenen Betonpumpenherstellers *Putzmeister* durch das chinesische Unternehmen *Sany* im Januar 2012, die mit einer Arbeitsplatz- und Standortgarantie bis 2020 verbunden war.



## 2. Einfluss von Staatsunternehmen

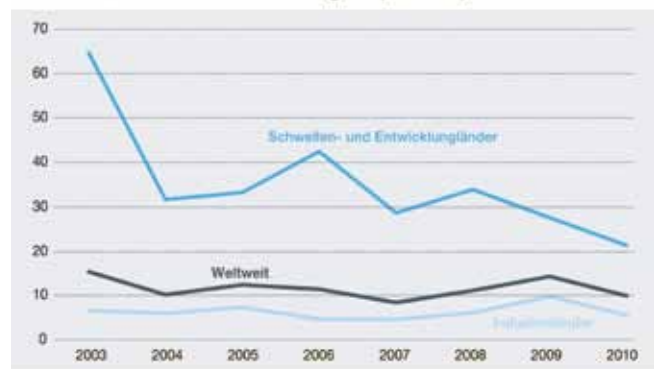
Hinter vielen Investitionen insbesondere aus Schwellenländern stehen **Staatsfonds** oder **staatseigene Unternehmen**. Staatsunternehmen haben eine eigene Rechtsform und sind grundsätzlich wirtschaftlich ausgerichtet.<sup>4</sup>

Staatsfonds (Sovereign wealth funds bzw. SWFs) sind Fondsgesellschaften, die Kapital im Auftrag eines Staats anlegen und verwalten. Sie tätigen überwiegend Portfolioinvestitionen, die im Gegensatz zu Direktinvestitionen allenfalls mittelbaren Einfluss auf die Unternehmensführung zulassen. Nur ein sehr kleiner Teil der von Staatsfonds angelegten Gelder wird in Form von Direktinvestitionen investiert (rund 0,6 Prozent der weltweiten FDI-Bestände).<sup>5</sup>

Während in der westlichen Hemisphäre nur rund 6% der ausländischen Direktinvestitionen staatlichen Akteuren zugeschrieben werden können, waren es bei den Schwellenländern in den letzten Jahren bis zu 43% (2006).<sup>6</sup>

In Politik und Gesellschaft wird die Sorge geäußert, dass staatliche Fonds bzw. staatseigene Unternehmen **politische Interessen** verfolgen könnten, die im Widerspruch zu den Interessen Deutschlands stehen. Die Sorge besteht auch deshalb, weil häufig die Transparenz dieser Unternehmen gering ist, die Kommunikation vernachlässigt wird und die wirtschaftlichen Ziele unklar sind. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings auch, dass bislang ausländische Investoren in Deutschland den Zugang zum hiesigen und zum europäischen Markt suchen, sie wollen neue Technologien erwerben und ihr Produktportfolio erweitern. Hinzu kommt, dass der Anteil privater Unternehmen bei Investitionen aus Schwellenländern in den letzten Jahren deutlich auf zuletzt knapp 80% zugenommen hat. Hingegen ist der Anteil der Staatsunternehmen seit 2003 von 65% auf zuletzt rund 20% gesunken (2010).<sup>7</sup>

**Bedeutung der Staatsunternehmen als Investoren nimmt ab**  
Anteil Direktinvestitionen durch Staatsunternehmen an  
Direktinvestitionen aus einer Region (Prozent)



Quelle: UNCTAD



<sup>4</sup> Entsprechend einer gängigen Definition von Staatsunternehmen (State owned enterprises/SOEs) ist das Kriterium für die wirtschaftliche Ausrichtung, dass ein Großteil ihrer Einnahmen aus Verkaufs- oder Gebühreneinnahmen stammt, vgl. OECD (2005): *OECD Guidelines on Corporate Governance of State-owned Enterprises*, S. 10.

<sup>5</sup> UNCTAD (2012): *World Investment Report 2012*, S. 13.

<sup>6</sup> UNCTAD (2012): *World Investment Report 2012*, S. 169 und Zusatztabelle im Internet.

<sup>7</sup> UNCTAD (2012): *World Investment Report 2012*, S. 169 und Zusatztabelle im Internet.

### 3. Nationale Sicherheit und Schutz strategischer Industrien

Es wird die Sorge geäußert, dass ausländische Regierungen über ihre Unternehmen bzw. staatliche Fonds Einfluss auf strategisch **sensible Wirtschaftssektoren** in Deutschland und Europa nehmen könnten. Tatsächlich nehmen die Investitionsströme gerade aus Schwellenländern zu, in den letzten Jahren war zunehmend von Unternehmenskäufen auch in Deutschland zu lesen. Dazu gehören Wirtschaftsbereiche wie Telekommunikation, Energie- und Rohstoffversorgung oder Verteidigungswirtschaft. Konkrete Beispiele für solche ausländischen Investitionen in sensiblen Bereichen sind der Erwerb des bisher öffentlich gehaltenen 21%-Anteils am portugiesischen Energieversorger EDP (2,7 Mrd. Euro) durch das chinesische Staatsunternehmen 3 Gorges Corp. Ende 2011. Der griechische Hafen Piräus wird seit Juni 2010 vom chinesischen Staatsunternehmen Cosco betrieben, der staatliche russische Konzern Gazprom strebt den Kauf des griechischen Gasversorgers an.

In Deutschland steht ein **vielfältiges gesetzliches Instrumentarium** zur Verfügung, um eine Gefährdung der nationalen Sicherheit und Ordnung zu verhindern. Unternehmenskäufe unterliegen schon alleine zum Schutz des Wettbewerbs der Kontrolle des Bundeskartellamts und der Europäischen Kommission. Das allgemeine Wettbewerbsrecht sowie die sektorspezifische Regulierung einzelner Netzindustrien (Energie, Telekommunikation) und die Instrumente des Gesellschaftsrechts bieten aber nicht nur Schutz des Wettbewerbs, sondern schützen dadurch mittelbar auch vor missbräuchlichem Verhalten ausländischer Investoren.

In der Verteidigungswirtschaft kann die Bundesregierung außerdem nach § 52 der Außenwirtschaftsverordnung<sup>8</sup> den Erwerb von Unternehmen unter bestimmten Bedingungen untersagen. Darüber hinaus besteht diese Möglichkeit seit 2009 gemäß § 53 der Außenwirtschaftsverordnung<sup>9</sup> auch bei allen anderen Unternehmenskäufen, wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet sein könnten.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> § 52 Beschränkung nach § 7 Abs. 1 und 2 Nr. 5 AWG

<sup>9</sup> § 53 Beschränkung nach § 7 Abs. 1 und 2 Nr. 6 AWG

<sup>10</sup> Vgl. die Studie BDI/Freshfield Bruckhaus Dehringer (2008): *Mehr Schutz vor ausländischen Investoren? Wirtschaftliche und EU-rechtliche Aspekte der geplanten Beschränkung ausländischer Beteiligungen an deutschen Unternehmen*. Allerdings kam es bei den bislang erfolgten 120 Prüfungen noch keine ausländische Investition untersagt.

### 4. Sicherung der Investitionsfreiheit in Europa

Die EU-Gesetzgebung sieht grundsätzlich die **Freiheit des Kapitalverkehrs** vor, Beschränkungen waren und sind laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes nur im Rahmen enger Grundsätze zulässig.<sup>11</sup>

Mit dem Lissabon-Vertrag im Jahr 2009 ging die **Kompetenz** auch im Bereich grenzüberschreitender Investitionen **auf die EU über**. Davon hat die Europäische Kommission inzwischen regen Gebrauch gemacht. Beim Umgang mit Direktinvestitionen aus dem Ausland in die EU bestehen allerdings nach wie vor **national unterschiedliche Regelungen**. In Deutschland wird über das Außenwirtschaftsgesetz die öffentliche Ordnung und Sicherheit geschützt, Frankreich verfolgt einen anderen Ansatz und hat elf Branchen definiert (unter anderem Verteidigung, Kryptotechnologie, private Sicherheitsdienste, Sicherheit in der Informationstechnologie, aber auch Casinos oder Glücksspielbetriebe), in denen ausländische Investoren eine Genehmigung des französischen Wirtschaftsministeriums benötigen. In Italien sichert sich der Staat den Einfluss auf bestimmte Unternehmen über „Goldene Aktien“.

Es besteht die Sorge, dass **hochverschuldete Staaten** in Europa versucht sein könnten, strategische und sicherheitspolitisch relevante Infrastruktur an ausländische Investoren zu veräußern, um ihre Schuldenlast zu verringern. Um Sicherheitsrisiken so gering wie möglich zu halten, sollte es im Interesse aller EU-Mitgliedsstaaten sein, gemeinsame Standards für Direktinvestitionen aus Drittländern zu definieren. Dazu gehört der Schutz vor einseitiger Diskriminierung, eine einheitliche Definition des Begriffs der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie Mindestanforderungen an die Transparenz ausländischer Investoren.

<sup>11</sup> Aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs lassen sich folgende Kriterien ableiten: 1. Der Begriff der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beschreibt in einem engen Sinne eine schwere Gefährdung der Grundinteressen der Gesellschaft und keinesfalls wirtschaftlicher Interessen. 2. Der Investor muss erkennen können, unter welchen Umständen eine Beteiligung untersagt oder beschränkt werden kann. Dafür braucht es objektive, präzise und gesetzlich festgelegte Kriterien. 3. Eine gerichtliche Kontrolle der Investitionsbeschränkung auf Grundlage dieser Kriterien ist erforderlich.

## 5. Technologietransfer und Geistiges Eigentum

Investoren erwerben mit einem Unternehmen auch dessen **Patente und geistiges Eigentum**. Nach dem Einstieg in deutsche High-Tech-Unternehmen können sie diese Technologien in ihre Heimatländer transferieren und dort nutzen.

Nach den bisherigen Erfahrungen werden Technologien auch nach dem Einstieg ausländischer Investoren am Produktionsstandort Deutschland gehalten und genutzt. Das ist auch betriebswirtschaftlich sinnvoll, weil das technologische Wissen häufig in Kooperation mit heimischen Forschungsnetzwerken erarbeitet wurde und auch in diesen Netzwerken weiterentwickelt werden soll. Davon profitiert der Standort Deutschland.

Auch die Nutzung der erworbenen Technologien in den Herkunftsländern der Investoren kann für den Standort **Deutschland** vorteilhaft sein. Eine verbesserte technologische Ausstattung hebt dort den Wohlstand und verbessert die soziale und die ökologische Situation. Das ist der Beitrag der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung, der die Industrieländer gleichzeitig von Hilfs- und Unterstützungsleistungen im Rahmen der **Entwicklungspolitik entlastet**. Gleichzeitig steigt mit der industriellen Entwicklung auch die **Nachfrage nach deutschen Produkten**, die Produktionsbedingungen für Zulieferprodukte und Investitionsgüter verbessern sich.

## 6. Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards und CSR

Vorbehalte gegen ausländische Direktinvestitionen werden auch geäußert vor dem Hintergrund von Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern sowie niedrigen Sozial- und Umweltstandards. Die Abhängigkeit von Kapital aus diesen Ländern könnte – so die Sorge – die hiesige Bereitschaft zur Kritik an den Verhältnissen vor Ort senken.

**In Deutschland** sind Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und Menschenrechte auf einem **hohen Niveau** geschützt. Diese Anforderungen und Regeln gelten für inländische und ausländische Investoren; sie basieren auf fest verankerten Wertvorstellungen und stellen sicher, dass in Deutschland – unabhängig davon, aus welchem Land das Kapital stammt – die einheimischen Standards gelten. Durch ihr Engagement in Deutschland werden ausländischen Investoren diese Wertvorstellungen im täglichen Arbeitsleben vermittelt. Es besteht die berechtigte Erwartung, dass diese Unternehmen dazu beitragen, diese **Werte auch in ihre Heimat** zu transferieren. Nur so wird es nachhaltig gelingen, Verständnis für diese Standards zu verbessern und zu einer sukzessiven Anwendung auch in Ländern mit anderen Werten zu kommen.



### III. Fazit: Investitionen aus Schwellenländern fördern

Investitionen am Standort Deutschland sind eine Indiz für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und Voraussetzung für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Deutschland ist in erheblichem Maß auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen. Um als Investitionsstandort attraktiv zu bleiben, müssen politische Weichen gestellt werden:

- **Investitionsfreiheit gewährleisten**  
Die Zunahme der internationalen Verflechtung der Wirtschaft erfordert eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskussion in Deutschland über die Bedeutung und Rolle ausländischer Investoren. Die Bedeutung ausländischer Investitionen für Deutschland muss gegenüber der deutschen Öffentlichkeit klar artikuliert werden. Die deutsche Wirtschaft ist aber nicht nur auf die Offenheit des Investitionsstandortes Deutschland angewiesen. Deshalb begrüßt der BDI das klare Bekenntnis der G20-Länder zu Freiheit für Investitionen und Handel.
- **Offenheit der Märkte bewahren**  
Die Investitionspolitik muss einen Ausgleich zwischen dem Interesse an Kapitalzufluss und den Interessen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Der bestehende rechtliche Rahmen in Deutschland bietet einen ausreichenden Schutz strategisch wichtiger Industrien und gegenüber Gefährdungen der nationalen Sicherheit und Ordnung.
- **Transparenz von Staatsfonds und Staatsunternehmen einfordern**  
Vorbehalte gegen Direktinvestitionen aus Schwellenländern richten sich in besonderer Weise gegen Investitionen von staatlich kontrollierten Unternehmen bzw. Staatsfonds. Allerdings unterliegen auch ausländische Unternehmen in Deutschland einem engen gesetzlichen Rahmen, der den Investoren ein hohes Maß an Transparenz abverlangt.
- **Technologietransfer als Chance begreifen**  
Investoren erwerben mit einem Unternehmen auch dessen Patente und geistiges Eigentum. Die Nutzung der erworbenen Technologien in Schwellenländern nutzt auch Deutschland. Die verbesserte technologische Ausstattung erhöht den Wohlstand in diesen Ländern, verbessert die soziale und die ökologische Situation und entlastet so die Industrieländer von Transfers im Rahmen der Entwicklungspolitik. Gleichzeitig steigt mit der wirtschaftlichen Entwicklung auch die Nachfrage nach deutschen Produkten.
- **Sozial- und Umweltstandards international verbreiten**  
In Deutschland sind Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und Menschenrechte auf einem hohen Niveau geschützt. Diese Anforderungen gelten für alle Investoren, unabhängig davon, aus welchem Land das Kapital stammt. Es besteht die berechtigte Erwartung, dass Unternehmen aus Ländern, in deren andere Werte und Standards bestehen, durch ihr unternehmerisches Engagement diese Werte zurück in ihre Heimat transferieren.

## Impressum

**Stand:**

Mai 2013

**Herausgeber:**

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29  
D-10718 Berlin  
T: 030 2028-0  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

**Verlag:**

Industrie-Förderung Gesellschaft mbH  
Die finanztechnische Abwicklung der Veranstaltung  
übernimmt für den BDI die Industrie-Förderung GmbH,  
Berlin, im eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

**Redaktion:**

BDI/Abteilung Außenwirtschaftspolitik,  
Oliver Wieck / Dr. Christoph Sprich

**Fotos:**

Cover: Sergey Nivens (fotolia)  
Seite 8: Gina Sander (fotolia)  
Seite 12: diegocervol (fotolia)

**Layout und Druck:**

besscom AG  
Print & Digital Group Berlin  
[www.besscom.de](http://www.besscom.de)